

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 13 36. Jahrg.

30. März 1928

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis 600 Mk. exkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 600 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsaßstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - : - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheideit- Leipzig, Augustastraße 4-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 300.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 225.- Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 150.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

DER SINN DES LEBENS.

Ostern, Auferstehung, Frühling, erwachendes Leben, ins Leben hinein - Sinn des Lebens?

Ist diese Frage euch, Kollegen, schon einmal vor euren Geist getreten, wenn des Winters eisige Strenge fliehen muß vor des Frühlings holden, belebenden Blick und die Natur sich anschickt, ihres Daseins Kreise von neuem zu beginnen. Ist euch die Frage nach dem Sinn eures Lebens schon einmal vor die Seele getreten als Ausfluß der schaffenden Frühlingskraft, die alles mit Farben beleben will und überall Bildung und Streben zeigt. Lernt auch in der Straßen quetschender Enge, als Fach- und Berufsmenschen und als Objekt und Subjekt nervenzerschütternden, industriellen Großstadtlebens erkennen, daß ihr Natur seid und Naturgesetzen unterworfen, daß ihr nach diesen Naturgesetzen eures Daseins Kreise vollenden müßt. Lernt an den Ostertagen, an den Tagen des Frühlings, an den Tagen, da natürliche Bildung und natürliches Streben in so offener Weise sich zeigt, erkennen, daß alles von dieser Welt ist, und nur diese Welt es ist, die uns Menschen den Sinn unseres Lebens eindeutig offenbart, wenn wir gewillt sind dieser Offenbarung Auge und Ohr, überhaupt unser ganzes Erkenntnisvermögen zu leihen.

Das ist das Große, das Erhabene, das Göttliche an der Allmutter Natur, daß sie jedes Jahr durch ihren Sendboten Frühling Hoffnungsglück in unsere Herzen gießt und durch ihr Streben uns, ihren Kindern, manifestiert: Lernet Werden, auf daß ihr habet zu geben den werdenden! Denn das ist des Weltlaufes ehernes und natürliches Muß, daß Dungboden dem Neuen werden muß, was heute dem Lenz entgegen, über Blütenpracht, der Frucht zustrebt. Entwicklung, Stirb und Werde, Vergehen des Seienden und Aufbau von Neuem aus dem Gewesenen, das ist das Grundgesetz aller natürlichen Geschehnisse, dem auch der Mensch, ebenfalls nur ein Stück Natur, unterworfen ist.

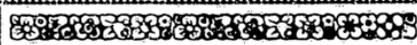
Aber der Mensch ist nicht Natur allein! Der Mensch lebt in Gesellschaft! Und wie alles Ding nicht im luftleeren Raum ist, sondern wirklich, bestimmt neben der Natur die Gesellschaft, die ebenfalls ihre Kreise nach ihren Gesetzen zieht, das Sein und Handeln der Menschen, bestimmt die Gesellschaft mit dem Grad des Menschsein. Zwar in erster Linie Natur, geboren aus dem Gange der natürlichen Entwicklung und Produkt dieser Entwicklung und deshalb auch den natürlichen Entwicklungsgesetzen unterliegend, übt das Zusammenleben der Menschen in Gesellschaft und als Gesellschaft auf den Menschen ebenfalls seinen Einfluß aus, der im Laufe der Zeit so groß wurde, daß die Gesellschaft selbst ein Stück Natur wurde, ohne die der Mensch nicht leben kann. Heute ist die Gesellschaft dem Menschen die zweite Natur, auf deren Sprossenleiter er jedoch noch nicht die Höhe erreicht hat, auf der er als Produkt der natürlichen Entwicklung steht. Wenn deshalb an den Ostertagen das Goethewort

besonders klar vor unseren Augen steht: „Die Erde dampft erquickenden Geruch und ladet mich auf ihre Flächen ein, nach Lebensfreud und großer Tat zu jagen“, dann will es uns nur das Eine sagen: Gestaltet die Gesellschaft so, daß sie euch gibt, was ihr als gesellschaftlich lebende Wesen braucht. Denn die gütige

sophien sind nur ersonnen worden, die Menschen in diesem Streben zu fördern und ihnen beizustehen. Aber dieses Glücksempfinden als treibende Kraft, dieses Glückstreben als Kriterium zu betrachten, wäre subjektiv, wäre einzelwesig, wäre egoistisch. Der Mensch ist Natur und Gesellschaft! Die zweite Natur des Menschen ist die Gesellschaft! Der Mensch lebt in Natur und Gesellschaft! Durch diesen Dualismus wird das individuelle, subjektive Glückstreben ergänzt durch das gesellschaftlich-objektive. Dieses gesellschaftlich-objektive Glückstreben faßt Wilhelm von Humboldt in seiner berühmten Formulierung in „Grenzen der Wirksamkeit des Staates“ so zusammen: „Der wahre Zweck der Menschen - nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Natur ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen.“ „Höchste und proportionierlichste Bildung aller Kräfte des Menschen aber ist potenzierte, gleichmäßige Kultur von Körper und Geist.

Potenzierte, gleichmäßige Kultur von Körper und Geist des Menschen zu sichern, ist nur die Gesellschaft fähig. Denn auch hier geht die Ursachenkette über den einzelnen hinaus: in die Gesellschaft. So weist uns auch dieses Sondergebiet der Betrachtung mit elementarer Kraft auf die Gesellschaft hin als zweite Natur des und der Menschen, die nicht, wie die natürliche Menschenformung und Menschwerdung als einstweilen abgeschlossen zu betrachten ist. Der Gesellschaft gilt es deshalb unser ganzes Sinnen und Trachten zu widmen, in ihr gilt es, nach Lebensfreud und großer Tat zu jagen, sie ist es, die unser subjektives wie objektives Glückstreben zum Ziele tragen und die harmonische Einheit beider krönen kann, sie ist es, die allein nur die Kraft in sich trägt, den Menschen zum Menschen zu machen. Nicht hinterweltliche, transzendente, überirdische Kräfte sind es, die die Weiterentwicklung der Menschen bestimmen, sondern die Gesellschaft ist es, die den Sprung des Menschen vom Tierreich zum Menschen möglich machen muß und macht.

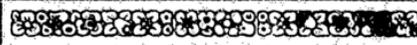
Erkennen wir den Sinn und den Zweck unseres Lebens und der Menschen überhaupt in der höchsten und proportionierlichsten Bildung ihrer Kräfte zu einem Ganzen, dann ist erste zu erfüllende Voraussetzung, daß wir nach Maßgabe unserer Kraft und unseres Könnens den Boden, aus dem heraus die Möglichkeit, wirklich Mensch zu werden, sprießt, so bestellen, daß er auch Frucht tragen kann. Dieser Boden ist die Gesellschaft. Die Gesellschaft gilt es fruchttragend zu machen! Denn wir leben nicht in die Vergangenheit hinein, sondern in die Zukunft. Der Zukunft gilt es die Wege zu bereiten, der Zukunft Dungstoff zu sein. Die Grundlage der Gesellschaft aber ist die Wirtschaft. Was wir als Gesellschaft zu betrachten gewöhnt sind, ist nur geistiger Überbau der Wirtschaft. Denn neben der Natur bietet uns nur die Wirtschaft die materielle Unterlage



Osterspaziergang.

Vom Eise befreit sind Ströme und Bäche
Durch des Frühlings holden, belebenden Däi.
Im Tale grünet Hoffnungsglück;
Der alte Winter in seiner Schwäche
Zog sich in rauhe Berge zurück.
Von dort her sendet er, stehend, nur
Ohnmüchtige Schauer könnigen Eises
In Streifen über die grürende Flur:
Über die Sonne dabei kein Weißes.
Überall regt sich Bildung und Streben.
Alles will sie mit Farben beleben;
Doch an Blumen fehlt's im Keim,
Sie nimmt gepukte Menschen dafür. -
Kehre dich um, von diesen Höhen
Nach der Stadt zurück zu sehen.
Aus dem hohlen, finsternen Tor
Dringt ein buntes Gewimmel hervor.
Jeder sonnt sich heute so gern -
Sie feiern die Auferstehung des Herrn,
Denn sie sind selber auferstanden;
Aus niedriger Häuser dumschen Gemächern,
Aus Handwerks- und Gewerbesbänden,
Aus dem Drud von Siebeln und Dächern,
Aus der Straßen quetschender Enge,
Aus der Ritzen schwüger Nacht
Sind sie alle ans Licht gebracht.
Sieh nur, sieh! wie hehend sich die Menge
Durch die Gärten und Felder zerschlägt,
Wie der Fluß in Breit und Länge
So manchen lustigen Nachen bewegt,
Und bis zum Sinken überladen
Entfernt sich dieser letzte Kahn,
Selbst von des Berges fernem Pfaden
Blinten und farbige Kleider an.
Ich höre ja, an des Dorfs Getümmel,
Hier ist des Volkes wahrer Himmel,
Zufrieden jauchzet groß und klein:
Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.

Goethe



Mutter Natur, hat es euch, ihren Kindern, selbst überlassen, sich Beruf und Bestimmung in dieser Gesellschaft zu geben.

Zwar liegt Beruf und Bestimmung in unserm eigensten inneren Wesen begründet, aber die Gesellschaft ist nur der Boden, der sie zur Entfaltung und Frucht bringen kann. Unser ganzes Tun, unser ganzes Streben ist auf Glückseligkeit gerichtet. Alles, was dem gegensätzlich ist, ist dem auch zuwider. Das Glückstreben ist unser Ich, unser ganzes Sein, alle Völker und alle Zeiten stimmen darin überein und alle Religionen und alle Philo-

unseres körperlichen Seins. Soll deshalb die größte und proportionierlichste Bildung unserer Kräfte zu einem Ganzen möglich werden, muß erst die Wirtschaft in den Stand versetzt werden, der Gesellschaft solches Tun zu gestatten. Daß die heutige, die kapitalistische Wirtschaft nicht dazu angetan ist der Gesellschaft solches Tun zu gestatten, beweist der Widerspruch den sie findet. Aber trotz allen Widerspruchs ist sie sichtbarer Ausdruck des ständig wirkenden, wirtschaftlichen Grundgesetzes, mit einem Minimum von menschlicher Anstrengung ein Maximum von Gütern herzustellen. Die kapitalistische Warenerzeugung steigerte und steigert noch die Vergesellschaftung der Arbeit; kein Mensch arbeitet mehr für sich, sondern jeder für alle, dafür er aber auch über die Arbeit vieler verfügt. Die großen Verkehrsmittel verbinden alle Menschen der Welt untereinander zu einem universalen Zusammenwirken: der Weltwirtschaft, die bisher die größte und bewundernswerteste Organisation der Menschheit ist.

Aber diese Entwicklung der Wirtschaft bis heute wurde von den Menschen durchlaufen im Dämmerzustande. Riesenhaft und tausendfach war dadurch die Vergeudung und Zersplitterung der Kräfte bisher. Endlich aber erkennt der Mensch den Zweck und den Sinn seines Seins und im Licht des Bewußtseins erkennt er auch das Ziel. Er beginnt ordnend die Wirtschaft bewußt zu gestalten und die Wege aufzuzeigen, wie die Kultur weitergeführt werden muß. Die Lösung der sozialen Frage steht dabei im Vordergrund der Betrachtung. Aber die Lösung der sozialen Aufgabe durchzuführen, ist ganz Sache der Politik, die so als wohlgeordneter Staat höchste und wichtigste Leistung ist. Daraus folgt, im Gegensatz zu vielen ganz falschen Ansichten, daß Politik die vornehmste von allen Tätigkeiten des denkenden Menschen ist, daß poli-

tische Stumpfheit als die menschenunwürdigste Gesinnung betrachtet werden muß, und daß die Erziehung zum sozialen Leben und zu staatspolitischer Arbeit als eine der wesentlichen Angelegenheiten der Jugendbildung zu gelten haben.

Doch Wirtschaft und Gesellschaft zerreißen zu starke Interessengegensätze, die Ausdruck der gewordenen Klassengegensätze sind, als daß der Gedanke menschlicher Kultur, die Idee der Kulturbeherrschung leichtbeschwingt gründlicher, bewußter Gestalter der Gesellschaft würde. Ist auch die Idee der Kulturbeherrschung die notwendige und unausbleibliche Folge unserer kapitalistisch-wirtschaftlichen Verhältnisse, ist sie gewissermaßen die Frucht am Baume des Kapitalismus, so gedeiht diese Frucht doch nicht ohne die sorgsame, keine Arbeit und Anstrengung schauende Pflege des Gärtners. Und dieser Gärtner ist das Proletariat und seine Pflege, der Kampf. Nur im Kampf gegen die Ideen des Egoismus wird der Gärtner Proletariat am Baume des Kapitalismus die Frucht der Kulturbeherrschung pflücken können. Aber nicht Kampf, nicht Klassenkampf um des Kampfes willen! Sondern nur Kampf als Pflege, nur Kampf als Erkenntnis des Sinnes unseres Lebens, nur Kampf als Zweck, als Glückstreben. Denn noch immer gilt, was der große griechische Philosoph Heraklit sagte: Der Kampf ist nie Zweck, sondern nur Mittel, daß zu dem Ziele der Harmonie führen soll.

Harmonie aber ist unser proletarisches Ziel! Wir streben bewußt dem Glücke der ganzen Menschheit zu, um endlich den Menschen Mensch werden zu lassen. Den Menschen zum Menschsein emporzuführen: Das ist der ausschließliche Sinn des Lebens, den das Proletariat als einzige Klasse in der menschlichen Gesellschaft sich anschiekt bewußt zu erleben. Und da der Mensch als Produkt sowohl der natürlichen wie der gesell-

schaftlichen Bedingungen ausschließlich von dieser Welt ist, ist sowohl der Sinn wie der Zweck seines Seins auch nur in dieser Welt begründet. Deshalb sind alle Hinweise auf hinterweltliche, außerhalb dieser Welt liegende Deutungen des Sinnes unseres Lebens Ablenkungen von den der Gattung Mensch gestellten Aufgaben, die zumeist lediglich den gewollten oder ungewollten Zweck verfolgen, Glück nur einigen wenigen zukommen zu lassen. Aus diesem Streben, Glück nur wenigen zukommen zu lassen, resultieren nicht selten Bestrebungen, die die Harmonie zur Farce machen und sie mit einem so unangenehmen Beigeschmack ausgestattet haben. Aber trotz alledem ist die Harmonie, die Gleichklang aller seelischen und materiellen Bedingungen unseres Seins ist, der Ausdruck unseres Glückstrebens, dessen volle Befriedigung der Sinn unseres Lebens ist.

Dürfte es uns gegenwärtig lebenden Menschen auch kaum vergönnt sein, den Frühling der endlichen Menschwerdung zu sehen, so müssen wir doch immer dessen eingedenk sein, daß der Frühling, der beginnt seinen Einzug mit seiner Pracht zu halten und den Menschen neu Hoffnungsglück ins Herz gießt, auch erst durch rastlose Arbeit und Aufbau das geworden ist, als was er sich uns zeigt. Und auch die Gesellschaft wird nur werden, was rastlose Arbeit und Aufbau aus ihr machen. Der Sinn unseres Lebens ist, diese rastlose Arbeit zu leisten und den Aufbau fortzuführen, damit im Verhältnis von Mensch zu Mensch an die Stelle des Egoismus die Kultur tritt. Erst dann wird das Glückstreben der Menschen auf der Schwelle beginnender Befriedigung stehen und der Sinn unseres Lebens als Demant alles, was Mensch heißt, überstrahlen. Bis dahin aber muß es heißen: Gelebt zu haben heißt ein Kämpfer gewesen zu sein.

Inhalt:

Hauptteil: Osterspaziergang. Der Sinn des Lebens. Bekanntmachungen. * Kommende Kämpfe. **Verbandsbeitrag und Arbeitsvertrag.** — **Allgemeines:** Zur Lehrlingseinstellung. Sind Lehrlinge Arbeitnehmer? Des Lebens ungemischte Freude. . . Ortsberichte: Bautzen, Berlin. — **Der Betriebsrat:** Zweck und Ziel der Betriebsrätearbeit. — **Photograph. Mitarbeiter:** Der Kampf um die Existenz. — **Die Tapetenbranche:** Der Berufsnachwuchs. — **Feuilleton:** Glückstreben in sich. Eingegangene Schriften. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände
kam unter 20. März Rundsreiben Nummer 28 zum Versand. Das Rundsreiben berichtet kurz weiter über den Verlauf der letzten Lohnverhandlungen im Steindruckgewerbe, die anlässlich der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ob der unternehmerlichen Beantragung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 7. März gepflogen wurden und zu einer freien Vereinbarung führten, deren Wortlaut das Rundsreiben enthält. Mit dem Rundsreiben Nummer 28 erging zugleich **Rundsreiben Nummer 29** vom gleichen Datum, das auf Grund des gefällten Beschlusses, die bisherigen Beitragsätze weiter gelten zu lassen, noch einmal auf die Unterstützungssätze hinweist. Eine Änderung der Beitragsätze ist nur für die Lehrlingsabteilung eingetreten. Entsprechend sind auch die Unterstützungssätze erhöht worden. Die übrigen Mitteilungen von Quartalsabrechnung, Verbandsorgan und Geschäftsverkehr mit dem V.-V. bitten wir ebenfalls zu beachten.
Der Verbandsvorstand.

Nachtrag XI zu dem ab 1. Juni 1922 geltenden Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Zwischen den beiden Vertragsparteien wurde in der Verhandlung im Reichsarbeitsministerium am 20. März 1923 folgende Vereinbarung getroffen:
1. „Die Erhöhung des Spitzenlohnes ab 17. März 1923 um 25 Prozent statt 20 Prozent nach Maßgabe des Schiedsspruches des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses vom 7. März 1923 erfolgt unter der Bedingung, daß es für die Dauer der gegenwärtigen Tarifverträge im Übrigen unangetastet, sodaß nicht Konkurrenzarbeit in der Art und Weise geführt wird, überlassen wird, die in § 2 Abs. 8 des Tarifvertrages genannte Überstunde zu beanspruchen. Die

Überstunde gilt nicht als Überstunde im Sinne des § 4 des Tarifvertrages, ist jedoch mit 25 Prozent Aufschlag zu bezahlen.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf ihre Vertreter im besetzten Gebiet des Kreises III und denjenigen angrenzenden Gebieten, die von den Reichs- und Staatsbehörden wie das besetzte Gebiet behandelt werden, dahin einzuwirken, daß sie sich untereinander verständigen.“

Es sind somit den Gehilfen auf die am 2. März 1923 tatsächlich gezahlten Wochenlöhne folgende Zulagen ab 3. März 1923 zu zahlen und zwar in Orten mit einem Ortszuschlag von

| | 10% | 15% | 20% | 25% |
|---|----------|----------|----------|----------|
| ab 3. 3. 23 | Mk. 7195 | Mk. 7395 | Mk. 7595 | Mk. 7795 |
| im 1. Gehilfenjahr bis zum 21. Lebensj. | 8223 | 8452 | 8680 | 8909 |
| vom 21 - 24 | 9751 | 9508 | 9765 | 10022 |
| über 24 Jahre | 10279 | 10565 | 10850 | 11135 |
| ab 17. 3. 23 | | | | |
| im 1. Gehilfenjahr bis zum 21. Lebensj. | 1800 | 1850 | 1900 | 1950 |
| vom 21 - 24 | 2057 | 2114 | 2171 | 2228 |
| über 24 Jahre pro Woche. | 2314 | 2378 | 2442 | 2506 |
| | 2571 | 2642 | 2713 | 2784 |

Bei Arbeitszeitverkürzung wird die Zulage anteilig verrechnet.

Die Vereinbarungen haben Geltung bis zum 30. März 1923. Ortsliche Lohnverhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet.

Mit dieser Zulage gelten alle schwebenden Forderungen als ausgehoben.

Das Wochenende der Lehrlinge wird ab 3. März 1923 wie folgt erhöht im

| 1. Lehrjahr | 2. Lehrjahr | 3. Lehrjahr | 4. Lehrjahr |
|-------------|-------------|--------------|--------------|
| um Mk. 75,- | um Mk. 85,- | um Mk. 100,- | um Mk. 100,- |

pro Woche, soweit dessen bisherige Höhe die tariflichen Sätze um diesen Betrag nicht übersteigt.

Berlin, den 20. März 1923.

Das Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Dr. G. Schweitzer, Oskar Laib, Alex. Czoch,
Untersuchungs-Vorsitz, Gewerkschaftsvorsitz, Geschäftsführer.

Berichtigung!
In dem am 21. 3. d. J. zum Versand gekommenen Abdrucke des Nachtrages XI vom 20. 3. 1923 ist in der Ortsklasse mit 25 Prozent Zuschlag bei den Zulagen ab 17. 3. 1923 für über 24 Jahre als Gehilfen ein Druckfehler enthalten. Die Zulage beträgt nicht 2335 Mark, sondern nur 2555 Mark.
Berlin, den 22. März 1923.
L. A.: Alex. Czoch, Geschäftsführer.

Kommende Kämpfe.

Wenn es möglich ist den gegenwärtigen Stand des Dollars zu halten, oder noch weiter zu senken und wenn im Gefolge ein Stillstand der Preisbewegung eingetreten ist, dann stehen die Gewerkschaften vor einem Wendepunkt der Lohnregulierung. Heute schon verlangen die Unternehmer, unterstützt von der Reichsregierung und der bürgerlichen Presse — nur nicht von den Tatsachen — mit großem Geschrei nach Lohnabbau. Da heißt es für uns sich vorzubereiten zur Abwehr. Grundsätzlich wird in der Arbeiterschaft niemand gegen einen nominalen Lohnabbau sein, aber die unbedingte Voraussetzung ist die Herabsetzung der Preise für die Lebens- und Gebrauchsartikel auf ein Maß, das ihn rechtfertigt. Wenn sachliche Argumente entscheidend wären, dann würden die Unternehmer es heute noch nicht wagen von Lohnabbau oder vom Aufheben der Lohnzulagen zu sprechen. Beides läuft auf dasselbe hinaus, denn die Dinge liegen so: Die Löhne sind der Preisentwicklung nicht gefolgt. Je mehr und je rascher die Preise stiegen, um so größer wurde der Abstand der Löhne. Die Lebenshaltung der Arbeiter wurde auf eine Stufe herabgedrückt, auf der eine Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr möglich war. Die Folgen haben wir unmittelbar vor uns. Der Lohn muß zum übergroßen Teil verwendet werden, um das Leben zu erhalten. Für Wäsche, Kleidung, Schuhe usw., ebenso für Kulturbedürfnisse bleibt nur mehr ganz wenig übrig. Als Folge Absatzstocung, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, was er zurzeit besonders stark in der Textil- und Schuhindustrie und im Buchdruck zu verzeichnen haben. Das bedeutet Verschärfung der Notlage, Hunger, Mangel, Kindersterben, körperlich geschwächte Arbeiter, die unter dem Eindruck des Elends auch geistig gewaltig leidet und die unter Aufbietung ihrer ganzen Kräfte ohne Freude an der Arbeit ihr Tagwerk vollbringen, nur das eine Ende vor Augen, 10 oder 20 Jahre zu früh verbraucht zu sein, um in irgend einer Ecke zu sterben.

Bereits in dem Artikel „Existenzminimum und Lohn“ in Nummer 6 der „Graphischen Presse“ habe ich aufgezeigt, wie im vergangenen Jahre der Spitzenlohn der Lithographen und Steindruckere hinter dem Existenzminimum zurückblieb. In diesem Jahre zeigt sich folgende Entwicklung. Der Lohn hatte höher sein müssen am 13. 1. um 61 Prozent, am 27. 1. um 105 Prozent, am 10. 2. um 91 Prozent, am 17. 2. um 50 Prozent, am 8. 3. um 47 Prozent und am 17. 3. um 10 Prozent. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich um das Existenzminimum handelt und nicht um

den Lohn der Vorkriegszeit, der ein starkes Drittel über dem Minimum lag. Das wirkliche Herabgleiten der Löhne ist also bedeutend stärker. Das zeigt sich recht deutlich an einem Beispiel, das bei den Lohnverhandlungen am 3. 3. den Unternehmern unwidersprochen vorgerechnet wurde. Daraus geht hervor, daß der Lohnanteil an einem bestimmten Produkt unserer Industrie auf beinahe ein Sechstel der Vorkriegszeit gesunken ist. Auf ein Sechstel um fünf Sechstel! Und da war das gewichtigste Argument der Unternehmer gegen die neuen Zulagen, die Löhne seien die Ursache, daß der Export unterbunden wird.

Einige Tage danach hatte ich Gelegenheit mit einem Unternehmer über diese Dinge zu sprechen und er meinte: „Wenn diese Zahlen auch der Nachprüfung bedürften, so stehe doch fest, daß an der Erschwerung des Exports, die bis zur Verhinderung geht, nicht die Löhne die Ursache sind, sondern die unerhörten Preise für Papier und Farbe. Da müsse man dazu kommen einen Streik der Papier verarbeitenden Industrie gegen die Papier- und Farbindustrie zu empfehlen. Stehen doch die Preise für diese Produkte auf dem 10000 bis 12000fachen des Friedenspreises. Das Bezeichnendste aber sei, daß Papier ins Ausland billiger gehe als es im Inland zu kaufen ist.“

Der Patriotismus der Besitzenden war immer an der Höhe des Profits zu messen, und neu ist dieser Vorgang gerade nicht. Von den Organisationen der graphischen Industrie muß aber dagegen eingeschritten werden. In der Preisbildung für Papier haben wir schon seit Jahren zu verzeichnen, daß als Maßstab für die Produktionskosten die am schlechtesten eingerichteten Betriebe genommen werden. Das muß natürlich unverschämte Preise bringen, für moderne Betriebe gewaltige Gewinne zeitigen und eine Verbesserung der Produktionsmittel verhindern. Auch eine Illustration zur Hebung der Produktion!

Die Gewerkschaften haben Einfluß in der Außenhandelsstelle. Diese hat die Ausfuhr von Papier zu unterbinden in einem solchen Ausmaße, daß der Inlandsmarkt stark genug mit Papier versehen ist, um auf die Preise zu wirken. Wenn dadurch die Ausfuhr auf der einen Seite zurückgeht, so wird sie beim verarbeiteten Produkt gehoben und das ist volkswirtschaftlich wichtiger.

Wir haben außerdem noch die „vieligepriesene“ Arbeitsgemeinschaft. Weshalb tritt denn diese nicht in Tätigkeit, um gegen die Auspönerung unserer Industrie vom Leder zu ziehen? Wenn schon Arbeitsgemeinschaft, dann schon könnte sie auch mal was gutes leisten. Es wäre eine dankbare Aufgabe, wenn sich zunächst die gesamten Organisationen der Unternehmer der graphischen Industrie, einschließlich der Verleger, an einen Tisch setzten, um zu beraten, wie dem Papierwucher zu begegnen ist. Diese Aufgabe wäre allerdings nicht so leicht als ein Rundschreiben der Verleger zu provozieren, wie es anläßlich der letzten Zulagen im Buchdruck geschah, in welchem gegen diese gewettert und jede Preiserhöhung abgelehnt wird. Man braucht eben ein billiges Argument gegen die nächsten Lohnforderungen. Theater! Ob die Unternehmer nach dieser Richtung tätig sein werden, ist nicht groß zu hoffen, um so mehr müssen die Gewerkschaften den treibenden Faktor machen.

Unsere vornehmsten Abwehrmittel sind der Streik und die passive Resistenz. Beide können nur aus ganz gewichtigen Gründen zur Anwendung kommen. Während wir über den Streik schon die reichsten Kenntnisse besitzen, ist die passive Resistenz nur ganz wenig erprobt. Überprüfen wir aber die bisher gemachten Erfahrungen, dann zeigen sich einige ganz besonders wichtige Merkmale, von denen Durchführung und Erfolg abhängen. Der Streik erfordert Disziplin; aber schwankende Charaktere sind leicht zurückzuhalten unzufallen, weil sie unter der strengen Kontrolle ihrer Kollegen stehen und weil es keine Mittelstellung gibt. Es heißt entweder inner- oder außerhalb des Betriebes sein. Anders bei der passiven Resistenz. Da ist keine feste unerbitliche Kontrolle möglich. Da stehen die Arbeiter in größeren und kleineren Gruppen unter der Aufsicht und dem Drängen von Betriebsleitern, Faktoren, Oberfaktoren usw., und da wird unter Umständen die Geißel der Entlassung geschwungen. Das erfordert nicht nur Disziplin, sondern klarste Erkenntnis, festen Willen, der nicht bei jedem Stirnrunzeln der Unternehmer oder seiner Werkmeister zusammenknickt und größte Beweglichkeit des einzelnen, der Belegschaft, sowie der Vertrauensleute. Und wirkliches Vertrauen zu den Leuten des Vertrauens. Denn kann es vorkommen, daß diese plötzlich Anordnungen treffen müssen, die nicht sofort von je dem verstanden werden, die aber auch eine lange Diskussion nicht ertragen und doch durchgeführt werden müssen. Es ist zum Beispiel nicht immer richtig, daß diese Worte gleichmäßig in ganzen Betrieben angewendet wird, eine Sparte, oft nur wenige Leute, können bei der starken Arbeitseinstellung, mit der wir zu rechnen haben, den ganzen Betrieb kommen. Hat der Unternehmer die Arbeit gerade hier ein Exempel zu studieren, dann muß plötzlich ein Wechsel vorgenommen werden und eine andere Abteilung, die wichtiger ist, einseitigen.

Die Untertänigkeit ist bei der Anwendung der passiven Resistenz sehr erprobt, und einige Male haben sie sich schon gefürt, da sollen die Arbeiter

doch lieber streiken. Wir können den ganzen Schmerz ermassen, aber die uns geeignet erscheinenden Mittel müssen wir uns selbst wählen. Eine beliebte Taktik der Unternehmer in solchen Zeiten ist es, einzelne Arbeiter zu sich zu rufen, sie zu beeinflussen, auszufragen, um dann seine Gegenmaßnahmen treffen zu können. Dem sich entgegen zu stemmen, zu schweigen oder die richtige Antwort zu geben, erfordert wieder ein großes Maß von Energie und Klugheit. Die Antworten müssen kurz und bestimmt sein, nicht reden, was man in Versammlungen und Sitzungen gehört hat, der Leitgedanke immer, du mußt deinen Kollegen und deiner Organisation nützen. Drohungen sind ruhig hinzunehmen und wie alle Vorkommnisse der Verwaltung sofort mitzuteilen. Es muß eine beständige Fühlung zwischen dieser und den Betrieben vorhanden sein, um zur richtigen Zeit mit den richtigen Anordnungen eingreifen zu können.

Arbeiten an sich und an der Organisation, dann wachsen die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel. *Ch. Ferkel.*

Verbandsbeitrag und Arbeits-ertrag.

Die nun schon seit langer Zeit und zum Teil sehr heftig geführten Auseinandersetzungen über die Höhe des Verbandsbeitrages werden, wenn auch vorübergehend zur Ruhe kommend, solange ihre Fortsetzung finden, als nicht ein gerechter, für beide Teile rechtlicher Ausgleich geschaffen ist. Gebt dem Verband, was dem Verbandsmitglied gehört; es muß aber der Arbeiter auch das erhalten, was ihm zusteht; dieser Formel wird sich gewiß niemand widersetzen.

Die Notlage des Verbandes allein sollte diesen nicht berechtigen, in seinen Forderungen einfach von vornherein jedes Murren, Protestieren und Klagen seitens der Kollegen als deplaziert zu bezeichnen. Mindestens ebenso groß ist das Elend der gesamten Kollegenschaft, die in guten und schlechten Tagen der Verbandsleitung zur Seite stand.

Laut Beschluß des Verbandstages, der, wenn er die Entwicklung der Zeit vorher gesehen hätte, entsprechend vorgebaut haben müßte, also nur begrenzte Wirkung hat, und Meinung des ADGB, ist als Verbandsbeitrag unter allen Umständen ein Stundenlohn einzufordern (Nummer 7 der „Graphischen Presse“) und „da die Differenz, die bisher zwischen Beitrag und Stundenlohn bestand, der Verband eben nicht tragen kann, wird und muß der Beitrag im März einen ganz erheblichen Zehnersprung machen, soll der Verband nicht jeglicher Initiative beraubt werden.“

Es besteht jedoch nicht nur die eine Differenz zwischen Beitrag und Stundenlohn, sondern eine erheblich größere zwischen Wochenlohn und dessen richtigem Inhalt, der Kaufkraft desselben. Es läuft also auch jeder Kollege Gefahr, dadurch jeder Initiative, jeder Widerstandskraft beraubt zu werden, wenn, wie vorauszusehen, die Preisentwicklung in dem Tempo anhält, und wahrscheinlich auch der gewerbliche Beschäftigungsgrad erheblich sinken wird, für manchen Kollegen also Arbeitslosigkeit auf lange Zeit droht.

Jede Erhöhung der Zahlen bedeutet schon seit Jahren eine absolute Verminderung der Kraft; mit jeder Lohnzulage ohne Sicherung der Kaufkraft haben wir unsere wirtschaftliche Lage verschlechtert. Es wird dann keine stereotyp Redensart mehr sein, daß die Höhe der Beiträge die Leistungsfähigkeit der Kollegen überschreitet, wenn neben dem Beitrag, immer höheren Fahrpreisen usw. auch noch hohe Extrabeiträge für die arbeitslosen Kollegen zu zahlen sind, wie jetzt für die Ruhrhilfe gezahlt werden sollen.

Es gilt also einen rechtlichen, wie sittlichen Ausgleich auf einer unanfechtbaren Unterlage zu schaffen, wie solche die Großhandelspreise (Indexziffern) sind. Der Verbandsvorstand fordert einen Stundenlohn, verlangen wir auf Grund des Indexes, den uns ja das Statistische Reichsamt selbst liefert und der beim Schreiben dieser Zeilen in der vergangenen Woche 5067 betrug, gegenüber dem Preissatelliten von 1913, einen Lohn von 179010 Mark die Woche; dem durchschnittlich 30 Mark hat wohl jeder Kollege 1913 verdient. Dann entfielen auf den Verbandsbeitrag ein Stundenlohn von etwa 3810 Mark, d. h. m. in dem wohl leichter Hand zahlen würde. Dann hätte jeder Kollege, abgesehen von der noch immer möglichen Ausbeutung, wenigstens eine fähige Möglichkeit der gleichen Lebenshaltung, als in der Vorkriegszeit. Dann gäbe es kein Leiden und Hunger, kein Kompromisse und kein Mangel an Lebensmitteln über die Höhe der Löhne mehr. Es heißt dann: Heute, am 1ten März, ist der Durchschnittspreis um 3 Prozent gestiegen, folglich wäre ein ein-Stundenlohn von 390000 Mark. Es wird dann mit dem als-menschlichstem Wege gewonnen werden Zahlen gewonnen, die sich auf die Einzahlung der Arbeiterschaft beziehen. Es wäre noch zu hoffen, daß alle Lohnempfänger eine solche Erhöhung erhalten, die natürlich durch Generalstreik durchzusetzen wäre, da Löhne und Gehälter solange der durch die Inflation verursachten Forderung entsprechen, als nicht durch Einführung einer festen Währung Preisveränderungen unmöglich gemacht werden. Dann würde der Beitrag als Stundenlohn auch in gerechtem Verhältnis zu

unserm Arbeitsertrag. Dann würde bei einer eventuellen Erhöhung des Beitrages der Hagel von Briefen in das Verbandsbureau nicht so stark und in gewiß anderer Melodie abgefällt sein. Warum treten die Gewerkschaften nicht einmütig für diese Forderung ein und erzwingen deren Verwirklichung mit ihren Millionen Mitgliedern? — Sind den Gewerkschaftern etwa die Gesetze der Preisbildung und der Währung noch so unbekannt, daß sie diesen Schritt nicht wagen?

Wo bleibt aber diese Gewißheit, wenn bei der jetzigen Methode „auf jeder Vollmarke 10000 steht, und doch nur ein Stundenlohn ist.“ Welche Kaufkraft dann ein Wochenlohn von selbst 470000 Mark haben würde, kann sich auch wohl der Herr Redakteur-Kollege ausrechnen, an Hand der Beispiele aus Rußland und Österreich mit Millionenlöhnen.

Man fragt mit Recht, wo die Differenz, wo der andere Teil unseres Arbeitsproduktes bleibt, und besonders jetzt, wo doch schon seit Monaten die Reparationen, die sonst immer als das alleinige Übel hingestellt wurden, nicht mehr bezahlt werden, also doch schon längst auf Lohn und Preis rückgewirkt haben müßten, und an sich ist der Vorwurf wohl berechtigt, daß die Verbandsleitung der darüber ungehaltenen Stimmung nicht genügend Rechnung trägt. Es ist nämlich nicht dasselbe, ob man einen Wochenlohn von 50000, oder einen solchen von beispielsweise 179010 Mark bezahlt; rechnerisch wohl, aber nicht wirtschaftlich, und gerade die wirtschaftliche Sicherung, die Sicherung der Existenz der Kollegen ist doch Zweck des Verbandes.

Mit dieser gesetzlichen Anpassung der Löhne an die Preissteigerung fallen auch die großen arbeitslosen Einkünfte der Schmarotzer fort; die Klagen über Überstunden und Heimarbeit werden verstummen, es würde keinem Kollegen mehr einfallen anderen Handwerkern (Schuster, Schneider usw.) ins Handwerk zu pfuschen. Die Sicherheit, stets für seinen Lohn auch den Lebensunterhalt bestreiten zu können, wird vielen Versuchungen gegenüber stark machen. Idealismus kann man bekanntlich nur von Menschen erwarten, die satter und zufriedener sind als heute. Warum zögern wir also noch mit der Durchführung dieser Forderung. Die nötige und oft gewünschte Einheitsfront aller Schaffenden wäre doch schon mit der Formulierung gegen die Minderheit der Spekulanten und Kapitalisten gesichert, und Ruhe und Frieden kehrte in die so arg zerrüttete Wirtschaft zurück. Wir hätten dann auch nicht nötig, wochenlang Klagen und Gegenklagen in der Verbandszeitung zu lesen, deren Raum dann für weitere und wichtigere Aufklärungsarbeit nicht mal ausreichend sein dürfte.

Drum ans Werk!

P. Müller.

Allgemeines.
 Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Zur Lehrlingeinstellung.

Ostern ist die Zeit der Lehrlingeinstellung, denn um das Osterfest herum heißt es für die ihre Schulzeit abgegangenen Proletarierkinder: Ins Leben hinein! Auch für unsere Berufe bringt Ostern zum ersten den gesamten Berufsnachwuchs eines Jahres, weshalb wir verpflichtet sind, um diese Zeit der Lehrlingeinstellung unser besonderes Augenmerk zuwenden. Werden auch zumeist die Ostern in Kraft tretenden Lehrverträge früher abgeschlossen, was uns veranlassen muß, ständig die Frage des Berufsnachwuchses zu beachten, so drängen doch um die Osterzeit einige ganz bestimmte Notwendigkeiten in den Vordergrund, die wir unter keinen Umständen unberücksichtigt lassen dürfen. Diese Notwendigkeiten ergeben sich aus den Berufsnachwuchs, die unter dem Namen Tarifvertrag die in den Berufen geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen normieren und auch ganz konkrete Bestimmungen über die Lehrlingeinstellung enthalten.

Schon allein die konkreten tariflichen Bestimmungen der vier bestehenden Reichstarife über die Lehrlingeinstellung hier des näheren zu besprechen würde zu weit führen. Bei der Wichtigkeit des Lehrlingswesens mit seinem Einfluß auf die Gestaltung der Berufe darf wohl auch berechtigt angenommen werden, daß diese Bestimmungen geistiges Eigentum eines jeden einzelnen Kollegen sind. Diese tariflichen Bestimmungen über Lehrlingeinstellung gilt es jetzt zu beachten, und Kontrolle darüber auszuüben, ob diese Bestimmungen bei Finstellung von Lehrlingen auch von jedem Unternehmer in der vorgeschriebenen Art eingehalten werden. *Pflicht der Kollegen ist es zumeist, der Ortsverwaltung sofort von jeder Neu-Einstellung von Lehrlingen Kenntnis zu geben, damit bei Überschreitung der tariflichen Lehrlingszahl rechtzeitig Einspruch erhoben werden kann.* Anders wäre es nicht das erstemal, daß aus rein menschlichen Gründen wegen zu später Meldung der Kollegen überzählige Lehrlinge in den Berufen behalten werden müssen. Wird in solchen Fällen auch zumeist bei folgender Lehrlingeinstellung eine Aufrechterhaltung, so sind doch die sich daraus ergebenden Begleiterscheinungen zumeist so unangenehmer Natur, daß sie nicht als Stärkung der Hilfsposition betrachtet wer-

den können. Es muß deshalb als Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen betrachtet werden, die Mitgliedschaftsverwaltung sofort von jeder Lehrlings-einstellung zu unterrichten, damit sowohl Gaulteitung wie Verbandsvorstand in die Lage versetzt werden, festzustellen, in welchem Maße die Zufuhr von jungen Arbeitskräften zu den einzelnen Berufen erfolgt ist.

Denn diese Zufuhr von jungen Arbeitskräften zu den einzelnen Berufen ist von ungeheurer Wichtigkeit bei Vertretung der Interessen der Kollegen. Wir wollen nur auf die zu führenden Tarifverhandlungen hinweisen, die zum Beispiel für das Lithographie- und Steindruckgewerbe schon in den Maitagen geführt werden müssen. Wer schon an solchen Tarifverhandlungen teilgenommen hat, weiß, welche wichtige Rolle dabei das Lehrlingswesen spielt, und wie notwendig es ist, genau über die Zahl der jeweilig eingestellten Lehrlinge Bescheid zu wissen. Tue darum jeder zur Zeit der Lehrlings-einstellung seine Pflicht!

Sind Lehrlinge Arbeitnehmer?
Ein Urteil letzter Instanz.

Am 27. Juni v. J. fällt das Oberlandesgericht Hamm i. W. als Revisionsinstanz ein Urteil, wonach ein Schiedsspruch als rechtsverbindlich erklärt anzusehen ist, auch wenn er auf Lehrlinge (auch im Handwerk) Bezug nimmt. Die betreffende Innung wollte sich dabei nicht beruhigen, sondern das Reichsgericht als letzte Instanz anrufen. Jetzt wird bekannt, daß das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen habe, da vom Kläger der Gebührenspruch nicht gestellt wurde. Durch diese Zurückweisung ist das in Hamm gefällte Urteil nunmehr endgültig. Da es von weittragender prinzipieller Bedeutung ist, seien einige Absätze aus der Urteilsbegründung hierdurch nochmals der Öffentlichkeit unterbreitet.

Sind Lehrlinge Arbeiter? Hierzu sagt das Oberlandesgericht Hamm i. W.: „Lehrlinge sind unter Titel VII der Gewerbeordnung unter den „Gewerblichen Arbeitern“ besonders aufgeführt. Es kann daher nicht unzweifelhaft sein, daß sie als „Arbeiter“ anzusehen sind, und daß neben dem Charakter des Lehrvertrages als eines den Meister zur fachgemäßen Ausbildung des Lehrlings verpflichtenden Vertrages, auf der anderen Seite auch eine den Lehrling zur wirklichen Arbeitsleistung, besonders gegen Ende der Lehrzeit, verbindende Verpflichtung vorliegt.“

Wie kann ihre Entlohnung geregelt werden? „Die daraus sich ergebende Frage, ob eine Entlohnung des Lehrlings geboten ist und in welcher Höhe ist somit eine Frage des Arbeitsverhältnisses. Ihre Regelung kann daher durch Vertrag, (d. h. Tarifvertrag! D. Red.), aber auch nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 durch Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung erfolgen. . . Vorliegend kann dies um so unbedenklicher festgestellt werden, als Innung und Handwerkskammer, wie unstreitig ist, eine Regelung der Lohnfrage nicht vorgenommen haben. Es ist somit unerheblich, ob durch die Lehrverträge der Kläger ein Lohn überhaupt nicht festgesetzt ist oder mit niedrigeren Sätzen, als der Schiedsspruch sie vorseht.“

Können bestehende Lehrverträge abgeändert werden? „In beiden Fällen ist, da der Schiedsspruch zwischen den Arbeitnehmerorganisationen, denen die Kläger unstreitig angehören, sowie der Schlosserinnung, der der Beklagte angehört, erlassen ist, der Lehrvertrag durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch abgeändert worden.“

Die letzte Äußerung würde bedeuten, daß nur bei Mitgliedern der betreffenden Organisationen der Schiedsspruch, oder gegebenen Falles gesamtvertragliche Abmachungen, entgegenstehende Bestimmungen von Privatverträgen aufheben.

Über alle die bekannten Einwände der Handwerkerorganisationen, die den Lehrling aus allen Gesamtabmachungen, wie Tarifverträge, Schiedsgerichte usw. ausschalten wollen, geht das Urteil dann glatt hinweg. Es wird gut sein, auf diese Entscheidung zurückzugreifen, wenn wieder ähnliche Streitfragen gerichtlich ausgetragen werden.

Des Lebens ungemischte Freude . . .

Nachstehenden Brief erhielten wir mit der Bitte um Veröffentlichung, die wir hiermit erfüllen. Zur Sache selbst aber sei bemerkt, daß Ursachen der verheerenden Art oft verhindern, unser Verbandsorgan inhaltlich so anzureichern, wie wir das gern möchten. Daß wir beim Stuttgarter Bericht des Blaustift nicht abhandeln gekommen war, mag daraus erhellen, daß das eingetroffene Marschblatt rund drei Stellen Platz im Druck beansprucht hätte. Den von der Ortsverwaltung Stuttgart erhaltenen Jahresbericht zu kürzen, hielten wir nicht im Interesse der Gesamtkollegen liegend. Und die Resolution mußte gebracht werden, da sie nach Bestätigung d. Meinung eines ansehnlichen Teiles der Stuttgarter Kollege zum Ausdruck bringt.

Lieber Redakteur!

Als ein alter Leser der „Graphischen Presse“ habe ich vor kurzem mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß man Dir die Pflicht von 13. Abschnitten hat, ich verstehe allerdings, daß diese Operation infolge der derzeitigen hohen Papierkosten notwendig war. Um so mehr war ich der Meinung, daß der Inhalt der „Graphischen Presse“ in Zukunft desto wertvoller bestehen werde. Über das Wertvolle und Zweckmäßige können nun die Ansichten weit auseinander gehen, ich will Dir

deshalb keinen besonderen Vorwurf daraus machen, daß Du in Deiner Nummer 10 auch einmal die Lachmuskeln Deiner Leser gehörig gereizt hast mit der uns vorgesezten Resolution unserer Stuttgarter Arbeitsbrüder. Zu Deiner Entschuldigung nehme ich an, daß Dir der Blaustift abhandeln gekommen ist, und nur dieser Umstand es verschuldet hat, daß Du uns einen solchen Kohl vorgesezt hast.

Vielleicht hast Du auch angenommen, daß die Stuttgarter heller sind wie die Sachsen, und daß sie wirklich glauben, es bestehe die Möglichkeit, eine Arbeiterregierung unter Zusammenfassung der V. S. P. D. und K. P. D. zu schaffen, während ich als unverbesserlicher Pessimist auf dem Standpunkt stehe, daß die Stuttgarter K. P. D.-Mitglieder auch nicht gescheit sind wie die sächsischen. Was wir jetzt in Sachsen erleben spottet doch jeder Beschreibung und schreckt doch geradezu davor zurück, nun auch noch an anderen Stellen solche Experimente zu machen. Unsere Stuttgarter Kollegen würden gut tun, diese Idee solange zurückzustellen, bis die Taten der K.P.D. mit den Worten in Einklang zu bringen sind.

Was mich aber gerade nicht heiter gestimmt hat, das ist der Beschluß der Stuttgarter Kollegen, die Sammlung für die Ruhrhilfe abzulehnen, als nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegend.

Hätten die Verfasser und Befürworter dieses Beschlusses geschrieben, wir lehnen die Ruhrhilfe ab, wegen Mangel an Solidaritätsgefühl, dann hätten sie die Wahrheit gesagt.

Noch nie haben wir in der Weltgeschichte einen solch heroischen Kampf einer Arbeiterklasse gegen fremde Unterdrückung erlebt, wie ihn die Ruhrbevölkerung zurzeit durchzukämpfen hat. Tagtäglich bringen die Zeitungen spaltenlange Berichte über Schikanierungen und Ausweisungen friedlicher deutscher Einwohner aus ihrem Heimsatgebiet. Mit Bewunderung sieht jeder Deutsche, welche Qualen und Entbehrungen die Ruhrbevölkerung erleidet, um dem Deutschen Reich die Grundlage seiner Existenz und die Rohstoffe zu erhalten, die zum Wiederaufbau des Reiches so dringend notwendig sind. Unter solchen Umständen haben die Kollegen in Stuttgart den Mut, öffentlich im Verbandsorgan zu schreiben, die Sammlung liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft.

Nicht nur, daß die Stuttgarter Kollegen ihren Arbeitsbrüdern im Ruhrgebiet die Unterstützung versagen, tragen sie durch ihr Verhalten auch dazu bei, daß der Unternehmer nicht zu zahlen braucht.

Dabei schreiben die Stuttgarter Kollegen selbst: „Die Ruhrpolitik (soll wohl heißen: Die Ruhrbesetzung) hat die Verelendung der Arbeiterschaft ins Unerträgliche gesteigert.“ Diese Verelendung ist durch den französischen Militarismus herbeigeführt, was liegt da näher, als daß wir alles tun müssen, um dem französischen Militarismus die Erreichung seines Zieles unmöglich zu machen. Dazu gehören umfangreiche Mittel.

Die weitaus größte Mehrzahl unserer Kollegen ist erfreut über die eingeleitete Unterstützungsaktion und zählt ohne besondere Aufforderung was in ihren Kräften steht. Ganz selbstverständlich ist es unserer Auffassung nach, daß auch die Unternehmer zu der Aufbringung der Mittel herangezogen werden, deshalb geben wir unseren Klassenkampfstandpunkt nicht auf. Wenn die Stuttgarter Kollegen das letztere befürchten, dann ist das ein Fingeringstandnis ihrer eigenen Schwäche.

Ortsberichte.

Bautzen. Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Mitgliedschaft Bautzen vom 23. März nahm den Bericht des Vorstandes über die geseheiterten zentralen Lohnverhandlungen vom 3. März, bei welchen keinerlei Zugeständnisse von seiten der Unternehmer gemacht worden sind, entgegen. Desgleichen den vom Reichsarbeitsministerium in dieser Angelegenheit gefällten Schiedsspruch, sowie den Bericht der daran angeknüpften Verhandlungen der Vertragsparteien.

Bei Stellungnahme hierzu kam heilste Empörung über das an den Tag gelegte Verhalten der Unternehmer, welches jedes Verständnis gegenüber unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage vermissen lasse, zum Ausdruck. Auch der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums wurde als ganz unzureichend bezeichnet. Warum solle das Steindruckgewerbe nicht in gleicher Weise daselbst zu tragen in der Lage sein wie alle anderen graphischen Gewerbe.

Die Versammelten bekundeten ihr volles Einverständnis mit der Stellungnahme ihrer Unterhändler und vertraten den Standpunkt, daß das gepflogene Gebahren der Unternehmer den letzten Rest von Arbeitsfreudigkeit nehmen und den Beruf in schwere Gefahr bringen müsse.

Unsere gegenwärtigen örtlichen Verhältnisse, wo seit längerer Zeit Kurzarbeit eingetreten ist, sind besonders mißliche. Die jetzige Lage sei doch so, daß es den Kollegen unmöglich gemacht worden ist bei derartigen Lohnverhältnissen und bestehender Preisbildung die Arbeitsenergie aufrecht zu erhalten.

Die Versammlung ersichtete den Verbandsvorstand, daß er auf Grund des gefällten Schiedsspruches, welcher in seinem 2. Absatz besagt, daß die jetzige Zeit einen Ausgleich für die vergangene Periode bedeute, und es gibt noch viel auszugleichen bis zur Freisetzung des Existenz-

minimums, unentwegt weitere Schritte zu unternehmen.

Der Ortsvorstand wurde beauftragt, bei der Firma zu beantragen, in eine Neuregelung der in keiner Weise mehr zeitgemäßen Qualitätszulage (sie beträgt in der Spitze 135 Mark, wofür man kaum noch 1 Päckchen Streichhölzer zu kaufen bekommt) einzutreten und ihr gleichzeitig den Protest der Facharbeiter, welcher in der Versammlung zum Ausdruck kam, zu übermitteln.

Berlin. In der allgemeinen Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 22. März, gab Kollege Hoffmann einen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, der von der Versammlung mit starken Unwillen entgegen genommen wurde. Die Kollegenschaft bringt ihre Unzufriedenheit mit dem Resultat in schärfster Weise zum Ausdruck.

Daran anschließend referierte der Landtagsabgeordnete Otter, Verbandsvorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes aus Bochum über das Thema „Die Ruhrarbeiter im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus“. Der Referent schilderte die letzten Ursachen der Ruhrbesetzung, die zweimal abgewendet wurde und nun unter dem Kabinett Cuno doch Tatsache geworden ist.

Die Folgen des Einmarsches machen sich heute bereits bemerkbar, und es ist zu befürchten, daß diese Folgen im weiteren Verlauf ungeheure Dimensionen annehmen werden. Der Referent gab dann eine eingehende großzügige Schilderung der Verhältnisse im Ruhrbecken sowie der geistigen Einstellung der dortigen Arbeiterschaft. Im weiteren Verlauf seines 2 stündigen Vortrages, gab der Redner einen Ausblick über die politischen Möglichkeiten, die sich durch die Lösung des Konfliktes ergeben können und betonte zum Schluß besonders, daß es nunmehr die Pflicht der sozialistischen Arbeiterschaft sei, alle parteitaktischen Differenzen zurück zu stellen und in gemeinsamer Front Gewehr bei Fuß zu stehen und in allen kommenden politischen Situationen bereit zu sein.

Reicher Beifall belohnte die vortrefflichen Ausführungen, und um den allgemeinen Eindruck derselben nicht zu vermissen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

Die Versammlung beschloß hernach, daß jeder in Arbeit stehende Kollege pro Woche 100 Mark für die Arbeitslosen abzuführen hat.

Der Betriebsrat
Zweck und Ziel der Betriebsrätearbeit.

Die Betriebsräte sind das Produkt der neuen Zeit. Aber der Gedanke, dem sie ihre Existenz verdanken, ist schon so alt wie die Arbeiterbewegung überhaupt. Ja, wenn man weitherzig ist und die gestaltende Kraft des Willens der Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft dem Ziele einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu, in der alles, „was Menschenantlitz trägt, auch Mensch sein kann“, gelten läßt, dann kann man die Geburt des Gedankens, der naturnotwendig die Betriebsrätebewegung auslösen mußte, auch noch viel weiter zurückverlegen. Aber darauf kommt es nicht an. Viel wesentlicher ist festzustellen, daß mit dem Aufkommen der modernen Arbeiterbewegung, insbesondere mit dem Aufkommen der modernen Gewerkschaftsbewegung, die, gestützt auf die Marxschen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorien mit Bewußtsein und planmäßig an die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft herangeht, die Geburtsstunde der Betriebsrätebewegung geschlagen hatte.

Schon die Vielgestaltigkeit der Arbeiterbewegung, ihre Gliederung in die drei großen Untergruppen politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Abteilung, die wieder jede für sich in weitere Gliederung mit den kompliziertesten Aufgaben zerfällt, ist allein schon genügend Beweis dafür, daß die mit Bewußtsein von der Arbeiterbewegung angestrebte und planmäßig in Angriff genommene Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht ein Akt sein kann, sondern notwendigerweise ein Prozeß sein muß. Vergewaltigt man sich als Beispiel die Bemühungen der freien Gewerkschaften, um dieses Ziel zu erreichen, noch im besonderen, dann kann die Frage, ob die erstrebte Umgestaltung Akt oder Prozeß sein muß, keinen Augenblick strittig sein. Um aber die richtige Beantwortung dieser Frage allen Zweifels zu entheben — denn von der Beantwortung dieser Frage hängt viel, wenn nicht überhaupt die Zweck- und Zielbestimmung der Betriebsrätearbeit ab — sei nur darauf verwiesen, daß trotz der vorkriegszeitlichen Hauptaufgabe der Gewerkschaften, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern möglichst günstige Lohn- und Existenzbedingungen zu sichern, stets den Gewerkschaften das Ziel der Umgestaltung der Wirtschaft vorgeschwebt hat. Die freien Gewerkschaften waren und sind heute noch Schulen des Sozialismus. Stets sind die freien Gewerkschaften für die Ausgestaltung des Arbeitsrechtes eingetreten und stets haben die freien Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaftsführung gefordert. Die oft geführten meist außerordentlich

(Fortsetzung in der Beilage.)

langwierigen und opfervollen Kämpfe der Gewerkschaften mit dem Unternehmern um ihre Anerkennung und den Schutz ihrer Beauftragten in den Betrieben sind genügend Beweis dafür, daß diese Forderungen nicht bloß ein Lippenbekenntnis waren. Ja, erst die geführten Kämpfe der Gewerkschaften um ihre Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß und die dadurch errungenen Erfolge schufen den Boden, auf dem der ideologische Überbau in Form des Betriebsrätegesetzes zur gesetzlichen Mitbestimmung im Produktionsprozeß errichtet werden konnte.

Wer trotz aller menschlichen Subjektivität die von den Gewerkschaften auf dem ihnen von der Entwicklung zugewiesenen Kampfplatz der Wirtschaft geführten Kämpfe objektiv betrachtet, wird zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß die durch die Novemberrevolution ausgelöste Betriebsrätebewegung lediglich der Ausfluß der vorkriegszeitlichen Arbeit der freien Gewerkschaften ist. Die Wiederholung von den Gewerkschaften geforderten, auf gesetzlichen Boden basierenden Einrichtungen im Betriebe zur besseren Wahrnehmung der Interessen der Lohnempfänger und zur Mitwirkung und Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung konnten nur um deswillen nicht den notwendigen realen Boden unter die Füße bekommen, weil die Gewerkschaften als die Grundlage der gesamten Arbeiterbewegung nicht die Macht zu erringen vermochten, die zur Erzwingung so wichtiger Positionen in der nun einmal in Klassen gespaltenen Welt notwendig ist. Aber als durch die Machtverschiebung der Zeitpunkt gekommen war, die von der Arbeiterschaft schon immer geforderten Einrichtungen durchzusetzen, war nicht der geringste Meinungsunterschied darüber vorhanden, daß die Arbeiterräte Hilfsorgane der politischen Bewegung seien und die Betriebsräte Hilfstruppen der Gewerkschaften. Erst viel später haben einige besonders Kluge geglaubt, den Betriebsräten andere Aufgaben zuweisen zu müssen. Warum man das tat, mag in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben, obwohl angesichts der jetzigen Vorgänge die Erörterung der Ursachen nicht ganz zwecklos wäre. Es dürfte jedoch auch die Feststellung der Tatsache genügen, daß die übergroße Mehrzahl der Betriebsräte auch heute noch die auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß aufgestellte These vertritt, daß die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben Organe der Gewerkschaften sind, deren Aufgabe es ferner ist, mit aller Kraft, als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter, für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten.

Mit vorstehenden Darlegungen ist schon mit wünschenswerter Deutlichkeit Zweck und Ziel der Betriebsrätebewegung klargelegt worden und man könnte sich damit bescheiden, wenn nicht immer wieder Propheten aufstünden, die den Betriebsräten allerhand neue, weit über den Machtbereich hinausgehende Aufgaben zur Lösung zuweisen. Daß die Betriebsräte als Organe der klassenbewußten Gewerkschaften an der von den Gewerkschaften angestrebten Überführung der kapitalistischen Wirtschaft in eine Gemeinwirtschaft ganz intensiv durch praktische Arbeitsleistung beteiligt sind und so ihr Aufgabenkreis weit über das ihnen vom unzulänglichen Betriebsrätegesetz gewährte Recht hinausgeht, dürfte Allgemeingut der Betriebsräte sein. Welche Voraussetzungen jedoch noch zu erfüllen sind, ehe die Überführung der kapitalistischen Wirtschaft in eine Gemeinwirtschaft aus dem Stadium der Theorie in das der Praxis eintreten kann, möge in einigen späteren Abhandlungen wenigstens andeutungsweise dargelegt werden. Wer aber wirklich Organ zur Durchführung der Forderungen und besonders der Ziele der Gewerkschaften sein will, die unser Nürnberger Verbandstag in der Durchorganisation der Wirtschaft mit gesetzlich gesichertem Einfluß der Arbeiterschaft und der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft erblickte, der muß, um seine Tagesarbeit vom großen Ziele leiten zu lassen, auch die zu erfüllenden Voraussetzungen kennen, um nicht im überstürzenden Tageskampf mit seinem bunten Gewimmel wirr durcheinandergehender Ereignisse und schneller Stellungnahme vom rechten Wege abgedrängt zu werden. Gerade weil die Gegenseite systematisch versucht, die Betriebsräte im Kleinkram zu ersticken, ist es notwendig grundsätzlich zu erörtern, welche Richtlinien der praktischen, täglichen Arbeit der Betriebsräte gesteckt sein müssen.

Photogr. Mitarbeiter.

Der Kampf um die Existenz.

Wenn man jetzt die Fachzeitschriften durchgeht, klingt einem ein in Gehilfenkreisen wohlbekanntes Klagegeden entgegen. Das schwere Lied um den Existenzkampf. Nur handelt es sich in diesem, mit Ausnahme unserer Presse, um die Existenz der Atelierinhaber. Seiten ist jetzt dort die Rede von der Existenzfrage der Gehilfenschaft und wenn sich jemand findet, der davon zu schreiben wagt, dann in sehr schüchternen Form die gegen

die jetzt derbe Manier der Innungsmeister sehr stark absticht. Woran liegt das? Die Gehilfenkreise, die in diesen Zeitschriften sich so selten melden, stehen der Organisation fern: warum sie fern stehen, können wir uns erklären, wenn man die Ausdrucksformen beachtet, die sie in ihrer Schreibweise anwenden. In Nummer 14 des „Photograph“ wendet sich ein Herr Fritz Lange mit einem „Ruf an alle“, an die Arbeitgeber. Er appelliert an diese, der Gehilfenschaft ein anständiges Auskommen zu bieten. Es sei sonst zu nahelegend bei den heutigen Gehilfenlöhnen, daß ein Teil der Gehilfen auf Abwege gerate. (Gemeint ist hierbei Diebstahl oder Unterschlagung von Apparaten. Die Red.) Ein Arbeiter, (nach Meinung des Herrn Lange sind also Photographengehilfen keine Arbeiter? D. R.) verdiene heute das 2 und 3fache eines gutbezahlten Photographengehilfen, der noch eine dreijährige Lehre und oft langjähriger Praxis hinter sich habe.

In Nummer 22 desselben Fachblattes unternimmt Herr Hubert Plötz einen geliebten Vorstoß. Obschon er zurzeit wieder als Gehilfe tätig ist, spricht er mit den Herren Arbeitgebern als verehrte Herren Kollegen. Er ermahnt diese wie folgt: „Darum denkt auch bei der Kalkulation der Richtpreislisten an eure Gehilfen. Wer gezwungen ist, sich einen Gehilfen zu halten, oder wer seine Arbeiten nicht selbst ausführen kann oder will, der soll seinen Mitarbeiter auch standesgemäß entlohnen.“ Mit anderen Worten, wer seine Mitarbeiter nicht standesgemäß entlohnen kann hat seine Existenzberechtigung verloren.

Ein Standpunkt, den wir schon immer vertreten. In Nummer 21 meldet sich aber ein wirklicher Kollege, denn er schreibt: In Nummer 10 des „Photograph“ schildert ein Herr Lange treffend die Not der Gehilfen, nur habe ich zu bemerken, daß er die Lage der Gehilfen noch etwas zu rosig beurteilt. Ein Arbeiter verdient heute mindestens 60 000 Mark in der Woche; aber welcher Photographengehilfe erhält 30 000 Mark wöchentlich. Also ist die Angabe, daß ein Arbeiter das 2 und 3fache von dem verdient, doch noch zu niedrig gegriffen. Schreiber dieses bezieht selbst monatlich 30 000 Mark! Dabei gehen die Bilderpreise des betreffenden Geschäftes noch um einiges über die erste Rubrik der Richtpreisliste hinaus! Wäre es nicht wünschenswert, wenn solche Geschäftsinhaber gleich denen, die Schleuderpreise nehmen, ebenfalls öffentlich genannt werden.

Diese Artikel schreibenden Kollegen sollen sich lieber als Arbeiter fühlen und in Reih und Glied der Gehilfenorganisation stellen um gemeinschaftlich den Kampf gegen die Lohndrückerei mit zu führen. An die letztgenannte Vorfreimlichkeit knüpft die Redaktion des „Photograph“ die Bemerkung, dieser Fall dürfte wohl eine Seltenheit sein, und da die Löhne tatsächlich nicht im richtigen Verhältnis zu der jetzigen sonstigen Entlohnung der Arbeiterschaft und zur Teuerung stehen, sollten sich die Fachorganisationen einmal mit der Frage beschäftigen.

Nun gehört zu den Fachorganisationen auch die Gehilfenorganisation, und da muß der Redaktion des „Photograph“ bekannt sein, daß diese eine ganze Anzahl von Lohnverhandlungen örtlich durchgeführt hat und auch stets für bessere Entlohnung der Gehilfenschaft kämpft. Warum verweist die Redaktion, die doch unsere „Graphische Presse“ wohl aufmerksam verfolgt, nicht darauf. Wir haben mit Genugtuung konstatiert, daß dann, wenn gerade etwas dieser Redaktion paßte, auch aus der „Graphischen Presse“ abgedruckt wurde. Längst daran gewöhnt, daß die Redaktion des „Photograph“ an gewisse Interessen gebunden ist, haben wir es vermieden, ihr durch Einsendung von Artikeln Bedenken zu bereiten, und man sieht ja jetzt, wie der Photograph (der Mohr hat seine Schuldigkeit getan) von den Innungsmeistern für seine Dienste einen Fußtritt nach dem andern bekommt. In dem Streit Chronik kontra Photograph haben die Verleger Frieden geschlossen, nicht aber die Innungsmeister. Auf diesen Weg wollen wir die Redaktion des Photograph nicht drängen, aber man sollte der Wahrheit gemäß, die Tatsachen registrieren. Denn auch darin liegt ein gut Teil Ständesbewußtsein. Aber das Ständesbewußtsein ist ein eigen Ding. Und so ist es denn möglich, dieses im redaktionellen Teil zu vertreten, im Annoncenteil aber des lieben Profits halber darüber hinwegzusehen. In Nummer 23 des „Photograph“ steht im Arbeitsmarkt eine Annonce folgenden Wortlauts: Junger kräftiger Gehilfe für alles kann im Bergwerk bei täglichem Verdienst von 12 000 Mark Beschäftigung finden. Nebenbei kann er in meinem Geschäft bei freier Wohnung, Frühstück und Taschengeld behilflich sein. Offerten an Georg Hain, Penzberg i. Oberbayern. Daß man versucht sich im „Photograph“ und als Photograph zum Arbeitsvermittler für Bergbau zu etablieren ist wohl ein Kuriosum. Aber wie ein schwer arbeitender Mensch dann noch nebenbei photographische Arbeiten leisten soll, ist uns ein Rätsel und bleibt dem Ständesbewußtsein des Photograph zu klären. In angesehenen Fachzeitschriften anderer Berufe wäre so etwas nicht möglich. Aber wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, werden wir in unserem Beruf noch ganz anderes erleben. Wir haben oben schon auf die jetzt derbe und draufgängerische Art des Existenzkampfes der Arbeitgeber hingewiesen

Die „Chronik“ Nummer 12 bringt ein Beispiel wie es auch die Gehilfen nur in anderer Form machen sollten. Um einen Preisschleuderer zur Reize zu bringen, wollten alle anderen Atelierinhaber des leider ungenant gebliebenen Ortes denselben mit noch niedrigeren Preisen niederkonkurrieren. Ehe es dazu kam, zwangen sie ihn noch, sich bei 20 000 Mark Konventionalstrafe den Preisen der C.-V.-Liste anzuschließen. Und diese selben Leute schreiben dann über Terror der Gewerkschaften, wenn sich diese für ihre Mitglieder ähnlicher Mittel bedienen müssen, um das Existenzminimum erreichen zu wollen. Die Gehilfenschaft kann an der Führung des Existenzkampfes der Atelierinhaber so manches lernen, vor allem aber erkennen, warum die Geschlossenheit der Gehilfenorganisation notwendiger ist denn je

Die Tapetenbranche.

Der Berufsnachwuchs.

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Leider wird auch in unsern Kreisen dieser Tatsache noch immer nicht die Beachtung geschenkt, die sie verdient. Man braucht nur einmal die Werkstätten offenen Auges zu durchgehen, um die Gewißheit darüber zu bekommen, daß hier noch immer Sünde auf Sünde gehäuft wird. Und zwar nach den verschiedensten Richtungen hin. Kann man auch heute nicht mehr von einer vorkriegszeitlichen Lehrlingszuchterei reden — der Tarif hat auch auf diesem Gebiete seine guten Früchte getragen — so erfolgt doch die berufliche Ausbildung der heranwachsenden jungen Kollegen noch nicht überall so, wie das der Beruf ertordert. Wir brauchen gar nicht in Einzelheiten hineinzuweisen um den Beweis dafür zu erbringen. Es dürfte auch schon die Andeutung genügen, um den Gehilfen das Gewissen zu schärfen und sie zu veranlassen, hier nach dem rechten zu sehen. Denn die Gehilfenschaft hat aus Eigenem das größte Interesse daran, daß ein berufstüchtiger Nachwuchs herangezogen wird, wenn schon Lehrlinge eingestellt werden. Ob es notwendig ist Lehrlinge einzustellen, ist eine ganz andere Frage, die mit der Ausbildung des Berufsnachwuchses in einem loseren Zusammenhang steht. Aber wenn schon Lehrlinge eingestellt worden sind oder jetzt wieder eingestellt werden, dann ist es Gehilfenpflicht, mit aller Macht darauf zu dringen, daß die eingestellten Lehrlinge auch zu dem gemacht werden, was bei der Einstellung zumeist versprochen wird. Daß das geschieht, liegt nur im Interesse der Gehilfen, denn bei nicht einwandfreier Ausbildung der Lehrlinge haben in letzter Linie die Gehilfen den Schaden davon zu tragen. Beispiele dafür ließen sich aus der Praxis leicht so viel anführen, daß jeder Widerspruch dadurch ganz von selbst erstickt wird. Es ist ja auch eine alte Erfahrung, daß tüchtige, ihren Beruf ganz beherrschende Gehilfen bisher immer die Bannerträger im Kampfe um eine entsprechende Bezahlung geleisteter Arbeit waren und daß die schwachen Kräfte zumeist sich als Hindernis erwiesen, diesen Kampf zu einem guten Etappenende zu bringen. Es liegt also nur im Interesse der Gehilfen, daß die Lehrlinge eine gute berufliche Ausbildung erfahren. Daraus erwächst den Gehilfen die Pflicht, selbst Hand ans Werk zu legen und dort Abhilfe zu schaffen, wo auch in dieser Beziehung gegen ihre Interessen gehandelt wird.

Aber damit ist es nicht genug. Der Lehrling soll nicht nur zu einem tüchtigen Berufsarbeiter, sondern auch zu einem ganzen Menschen, zu einem Kämpfer für Freiheit und Fortschritt erzogen werden. Das von den Unternehmern verlangen zu wollen, hieße unmögliches von ihnen verlangen. Das können sie einfach nicht, weil ihre Ansichten über einen ganzen Menschen verschieden von der unsrigen sind. Deshalb liegt diese Erziehungsarbeit ganz auf den Schultern der Gehilfen, die wir ersten müssen um unserer Selbstwillen. Leider wird auch hier nur zu oft die Pflicht größtenteils vernachlässigt, weil das gute Beispiel fehlt. Wer einen jungen Menschen formen will nach seinen Ansichten, muß die Ansicht durch die Tat Wirklichkeit werden lassen. Da haperts nicht selten auch bei den Gehilfen ganz gehörig. Man braucht nur die von der Gehilfen in den Werkstätten geführten Reden sich zu vergegenwärtigen, um schnell den Beweis dafür zu haben, daß noch lange nicht alles so ist wie es eigentlich sein müßte. Aber die Reden der Gehilfen färben nur zu leicht auf die Lehrlinge ab und richten eine Verwüstung an, deren sich die Gehilfen selten bewußt sind. Das muß verschwinden, wollen wir in den Werkstätten unsere Pflicht, Menschenerzieher zu sein, ganz erfüllen. Die Osterzeit sollte jeden einzelnen besonders ermahnen auf diesem Gebiete nicht zu versagen. er,

Feuilleton.

Glückstreben in sich.

Wie uns Ostern den Sinn des Lebens erweist als Glückstreben, so erweist es uns auch die Notwendigkeit der Harmonie. Zusammenklängen aller seelischen, ideellen und materiellen Dinge und unseres Seins als Grundlage einer besseren Welt mit besseren Menschen, das ist unser Ziel, das uns als Klasse gesteckt ist. Aber wie oft vergessen wir unserer Aufgabe gemäß zu leben auch dort, wo unser Wollen weniger Hindernisse findet als im großen öffentlichen Leben. Wir meinen die Gestaltung unseres Familienlebens. Haben wir hier wirklich immer die gute Absicht befolgt, unser Familienleben so zu gestalten, daß es wenigstens Andeutung unseres idealen Strebens ist; ist die von uns eingegangene Ehegemeinschaft wirklich sichtbarer Ausdruck unseres Idealstrebens?

Wir wollen diese Frage nicht beantworten an die Stelle der Beantwortung sei aber gesetzt, was Eugen Stangen in „Bunte Reihe“ beachtliches zu sagen hat. Mögen diese Worte an Mann wie Weib überall Widerhall finden und ihre In-die-Tagsetzung die moralische Grundlage für unsere gerechten Forderungen auf eine bessere Welt sein. Dem Mann gibt Stangen folgendes auf den Weg:

Sei deiner Frau ein Führer und ein Freund, der treulich gute und böse Stunden mit ihr teilt; — ein wahrer Freund sucht alles zu verstehen, Verstehen aber heißt — Verzeihen. . . Sie gibt ja ihr ganzes Reich, — das Reich des Namens, ihr Haus, die Heimat willig für dich auf und kommt wie ein Kind der Fremde zu dir, daß du ihr Haus und Heimat gibst! So gib ihr — Liebe, freundschaftstüchtige Liebe, nimm ihre Seele in die deine fest und denke immer: — Wahrheit und Ver-

trauen sind die Gründe, darauf das Glück sich baut! — und Glück macht gut! Und wahres Glück hat Güte. . . Und Glück eben tut so not im schweren Kampf der Zeit. Der Lebenskampf braucht tapfere Kameraden! So laß dein Weib dir Kameradin sein!

Der Frau jedoch ruft er zu:
Sei deinem Mann ein treuer Kamerad, denn nur um deiner selbst willen nahm er dich zur Frau, Gib alles, wenn du alles willst empfangen! Sei deinem Manne Gefährtin, Weggenosse, durch Glück und Leid, durch das Schwerste hindurch in treuem Mitgehen. Nichts bindet so fest wie gemeinsam getragene Not! Nimm teil an seinem Schaffen, Sorgen, Streben, an dem, was ihn begeistert und beflügelt! Schwer ist das Leben mit seinem Kampf, feindlich ist es immer, zum Lebenssieg gehört vereinte Kraft! Das Schöne, Edle soll die Frau verkörpern, die seltene Güte, die still lächelnd trägt. . . In stillem Dulden liegt oft Heldengröße. Darum dulde, trage mit ihm, sei ihm Sonnenschein. . . Sei ihm das Höchste — Kamerad. Im Leben eins mit ihm — und eins in Not und Tod!

Eingegangene Schriften.

Multiplikator: 2060

Der Politische Almanach 1923. Verlag des Politischen Almanachs, Berlin SW 68. Grundpreis 4,50 Mk.

Gleich beim ersten Durchblättern darf man feststellen, daß das 470 Seiten starke, eng gedruckte, reichlich mit Tabellen und Statistiken versehene, aber trotzdem sehr übersichtlich angeordnete Buch ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden ist, der als Journalist, Funktionär oder sonst irgend wie im öffentlichen Leben steht. Der Politische Almanach gibt schnell Auskunft über jede Adresse, jedes Amt, jede öffentliche Stelle, wie man sie täglich erreichen muß. Er ist darum ein großer Helfer bei der praktischen Arbeit. Aber darüber hinaus lehrt der Almanach über alle Gebiete der Wirtschaft, der Politik, der Bevölkerungsstatistik, der Lohnbewegung, der Verwaltung des Reiches, der Länder und Pro-

vinzen. Von besonderer Sorgfalt ist die in dem Almanach enthaltene Darstellung der Pflichten und der Leistungen aus dem Verträge von Versailles. Auch das Ausland wird übersichtlich und eingehend vermittelt. Mit Leichtigkeit kann man in dem Almanach finden, an wen man sich im Ausland bei der Erledigung sei es einer politischen oder einer wirtschaftlichen Aufgabe zu wenden hat. Kurz, der Politische Almanach ist in vollem Umfang ein Hilfsmittel, wie es der Praktiker schon lange entbehrt, und wie es bisher kaum zu finden vermochte.

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist in der Lage, dieses Buch zum Vorzugspreis anzubieten, der für Gewerkschaftsmitglieder 25% beträgt und bei Abnahme von 10 Exemplaren 33 1/2% ausmacht.

Der Fascismus in Deutschland. Von P. Kampmeyer. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Grundpreis 0,35 Mark.

Nationalsozialistische Fascisten haben mit dem Ruf: Nieder mit den Novemberverbrechern ein Prognostikon gegeben, das die Mängel des demokratisch-sozialistischen Deutschlands angeht, nationalsozialistische Fascisten suchen zugleich die wirtschaftlich kämpfenden Massen zu abenteuerlich-gewalttätigen, die Einheit Deutschlands bedrohenden Ausschreitungen gegen die französischen Gewaltpolizei aufzureizen. Sie sind eine ernsthafte Gefahr für die Republik und die Einheit Deutschlands geworden. Wie groß die Gefahr geworden ist, zeigen ganz deutlich die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus und die Maßnahmen, die ergriffen wurden. Da die sozialistischen Arbeiter in erster Linie zur Abwehr der gegenrevolutionären, fascistischen Bestrebungen berufen sind, so müssen sie sich vor allem mit dem hier gebotenen Sachmaterial ausrüsten, um gründlich mit dem gemeingefährlichen Bandenwesen der Fascisten aufzuräumen.

Erlösung von der Schwangerschaft. Von Luise Otto. Ein Ratgeber für Eheleute. Verlag: Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg. Grundpreis 25 Pfg.

Erlösung von der Schwangerschaft nennt sich eine Schrift die die auch in gewöhnlichen Zeitläufen für Eheleute immer interessanteres Thema behandelt, jetzt aber noch mehr Leser finden dürfte. An Schriften dieser Art ist ja kein Mangel. Aber es wird nur wenige Bücher geben, die das heikle Thema mit solchem Ernst und so hoher Sachkunde behandeln wie dieses Buch von Luise Otto. Es wendet sich in erster Linie an Arbeiter und ihre Frauen ist frei von falscher Sentimentalität, die solche Schriften oft charakterisiert, und zeigt den Lesern und Leserinnen, wie sie durch Selbstzucht und mit natürlichen Mitteln den Geschlechtsverkehr regeln können. Daß ein Arbeiterverlag das Heft herausbringt, sollte für seinen Wert bürgen.

TOTENLISTE

1923.

† Am 16. Jan. in München **August Hagemeyer**, Steindr. aus Detmold, 43 J. alt, an Rippenfellentzündung u. Herzschlag. — Eingetr. in Fürth in Bayern am 15. April 1897.

† Am 16. Jan. in Nürnberg **Heinrich Blank**, Chemigr. aus Nürnberg, 49 J. alt, an Arterienverkalkung, krank 2 W. u. 2 T. Eingetr. in Nürnberg am 19. Januar 1919

† Am 19. Jan. in München **Robert Stephan**, Steindr. aus Leipzig, 54 J. alt, an Nierenentzündung, krank 7 W. — Eingetr. in Leipzig am 1. Juli 1893.

† Am 30. Jan. in Greiz i. Vogtld. **Hermann Schneider**, Steindr. aus Schwarzenberg, 60 J. alt, an Speiseröhrengeschwulst, krank 13 W. Eingetr. in Greiz i. Vogtld. am 15. Juni 1919

† Am 31. Jan. in Dresden **John Evans**, Steindr. aus Hamburg, 70 J. alt, an Oehirnschlag, Inval. seit 27. Aug. 1911. — Eingetr. in Dresden am 11. Febr. 1882

† Am 2. Febr. in Herford i. Westf. **Franz Liedtke**, Steindr. aus Bielefeld, 30 J. alt, an Lungenleiden, krank zul. 8 W. — Eingetr. in Bielefeld am 8. Okt. 1911.

† Am 3. Febr. in Augsburg **Theodor Klein**, Chemigr. aus Straßburg i. Els., 45 J. alt, an Rückenmarkleiden, krank 1 W. u. 4 T. — Eingetr. in Karlsruhe in Baden am 18. Dezember 1921.

† Am 4. Febr. in Berlin **Adolf Neumann**, Steindr. aus Königsberg i. Pr., 40 J. alt, an Magengeschwür u. Bauchfellvereiterung, krank 6 T. — Eingetreten in Berlin am 8. Dezember 1918.

† Am 5. Febr. in Stuttgart **Christian Kenner**, Steindr. aus Rüdern O./A. Eßlingen, 77 J. alt, an Alters-u. Herzschwäche, Invalide seit 1. Aug. 1919. Eingetreten in Stuttgart am 1. Juli 1878

† Am 7. Febr. in Leipzig **Carl Kotte**, Steindr. aus Mechelroda (Weimar), 53 J. alt, an Darm- u. Lungentuberkulose, krank 8 W. u. 3 T. — Eingetr. in Weimar am 25. November 1888

† Am 10. Febr. in Hamburg **Heinrich Ehlers**, Lithogr. aus Glückstadt i. Holst., 55 J. alt, an Magengeschwür, krank 6 W. — Eingetr. in Kiel am 27. Jan. 1907

† Am 12. Febr. in Berlin **Walter Schalkowski**, Steindr. aus Danzig, 38 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 27. April 1919.

† Am 12. Febr. in Hamburg **Walter Gutsche**, Steindr. aus Schwerin i. M., 28 J. alt, an Milzleiden, krank 38 W. — Eingetr. in Hamburg am 12. Jan. 1919.

† Am 14. Febr. in Berlin **Aloys Schneider**, Steindr. aus Schwabing (München), 56 J. alt, an Krebsleiden, krank 6 W. u. 4 T. — Eingetr. in Berlin am 4. Juni 1898.

† Am 16. Febr. in Dresden **Arno Funke**, Steindr. aus Chemnitz, 55 J. alt, an Muskelrheumatismus u. Lungenleiden, Invalide seit 10. Jan. 1923 — Eingetreten in Dresden am 23. Februar 1902

† Am 16. Febr. in Dresden **Robert Satzinger**, Chemigr. aus Gera, 39 J. alt, an Grippe u. Harnvergiftung, krank 2 W. — Eingetr. in Leipzig am 15. Juli 1903.

† Am 17. Febr. in München **Karl Prinz**, Chemigr. aus München, 22 J. alt, an Lungenleiden, krank zuletzt 7 W. — Eingetr. in München am 31. Oktober 1920 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 21. April 1918.)

† Am 18. Febr. in Köln a. Rh. **Karl Sixtus**, Chemigr. aus Braunschweig, 31 J. alt, an Nierenleiden, krank 4 W. u. 4 T. — Eingetr. in Köln a. Rh. am 3. Apr. 1921.

† Am 18. Febr. in Hamburg **Adolf Kühn**, Steindr. aus Rudolstadt, 59 J. alt, an Darmkrebs, krank 2 W. — Eingetr. in Hannover am 1. Aug. 1885.

† Am 18. Febr. in Magdeburg **Johannes Mundt**, Lichtdr. aus Lübeck, 64 J. alt, an Herzleiden, Invalide seit 18. Okt. 1922. — Eingetr. in Magdeburg am 6. Mai 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, aus von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man auch gleich deren Personalleben (Rufnamen, Geburtsjahr und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsud.

Gebrüder Schopflocher, Fürth i. B. 6

Bronzefarben- und Aluminiumpulver-Werke

Telegrammadresse: Fortuna Fürthbayern

Gratismuster auf Wunsch

Spezialität: Fettfreie Lithobronzen „FORTUNA“

Leicht wird der Zinkdruck wenn Sie Zinkdruckplatten von Karl Mess verwenden
BERLIN SO 36, Wienerstr. 50
FERNRUF: MORITZPLATZ 12260

Selbstverbraucher!

Kaufe jeden Posten alte

● **NEGATIVE** ●

zu höchsten Tagespreisen

lacht und Kisten zu neuen Läden

Erst, Berlin N 39, Oerichstraße 7

Humboldt 274

Original-

„KUMV-Fräser“

anerkannt das beste Werkzeug für die klassische Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schmelzen in aller Größen aus haben

Paul Bernert, Präzisionswerkzeug-Fabrik
Berlin S 89, Kolbener Damm 7
Multiplikator 16811

Graphische Fachklassen

Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photochemische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch d. Direktion der Kunstgewerbeschule in **Barmen**

Zinkdruckplattenfabrik G.m.b.H.

Berlin SO 16, Köpenicker Str. 40/41
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 18440

liefert

Zinkdruckplatten für Lithographie und Offset, sowie sämtliche Materialien für d. Zinkdruck Des ferneren

Schleifen und Körnen

gebrauchter Zink

platten.

Fachliteratur!

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle
Preis 1160 - Mark inkl. Porto + Nachnahm.

Die Erfindung der Lithographie durch Alois Senefelder
von Fritz Hansen.
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1160.- Mark

DER PRAKTISCHE UMDRUCKER
von Bernhard Enders.
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1660 - Mark

Verlag Conrad Müller, Schkeuditz